

Freizügigkeit für Panzer

13.11.2017

BERLIN/BRÜSSEL (Eigener Bericht) - Die EU drängt ihre Mitglieder zur stetigen Aufstockung ihrer Militäretats und fordert den Ausbau der Verkehrskorridore gemäß den Aufmarschplänen der Streitkräfte. Bei der Notifizierung für die neue "PESCO"-Militärkooperation, die beim heutigen Treffen der EU-Verteidigungsminister erfolgen soll, müssen sich sämtliche teilnehmenden Staaten zur kontinuierlichen Erhöhung ihres Streitkräftehaushalts verpflichten. Die Maßnahme diene dazu, der Union "strategische Autonomie" zu sichern, heißt es erläuternd - militärische Unabhängigkeit von den USA. Auch sollten, um die rasche Verlegbarkeit von Truppen in Europa zu gewährleisten, die "Transeuropäischen Transportnetzwerke" (Trans-European Network for Transport, TEN-T) auf ihren logistischen Nutzen für die Streitkräfte überprüft werden, fordert die EU-Kommission. Verkehrskommissarin Violeta Bulc verlangt darüber hinaus "Priorität für den militärischen Bedarf" in der Verkehrsplanung. Ein neues NATO-Hauptquartier, das sich mit militärischer Mobilität in Europa befasst, könnte in Deutschland angesiedelt werden.

Mehr Geld für die Streitkräfte

Für den heutigen Montag kündigt die EU die sogenannte Notifizierung, die verbindliche Meldung, für die Teilnahme am Ausbau der EU-Militärkooperation an. Die Maßnahme wird unter dem scheinbar neutralen, jeglichen Anklang an Militär oder gar an Krieg vermeidenden Kürzel PESCO (Permanent Structured Cooperation) gestartet. Sie läuft auf die schrittweise Etablierung einer EU-Streitmacht quasi von unten hinaus (german-foreign-policy.com berichtete [1]). Sämtliche Staaten, die sich beteiligen - die überwiegende Mehrzahl aller EU-Mitglieder -, haben einen verbindlichen Plan vorzulegen, was genau sie in die Militärkooperation einbringen wollen. Die Umsetzung des Plans wird strikt überprüft. Darüber hinaus verpflichten sich die Teilnehmer, "regelmäßig" den nationalen Militärhaushalt "real" zu erhöhen, "um die vereinbarten Ziele zu erreichen".[2] Auch sollen die beteiligten Truppen schneller in den Einsatz geschickt werden können: PESCO verlangt das "Streben nach beschleunigten politischen Zusagen auf nationaler Ebene". In offenkundiger Bezugnahme auch auf den deutschen Parlamentsvorbehalt wird explizit eine "mögliche Prüfung nationaler Entscheidungsprozeduren" in Aussicht gestellt.[3] Letzteres fordern Teile des deutschen Establishments bereits seit Jahren (german-foreign-policy.com berichtete [4]).

Strategische Autonomie

Die neue PESCO-Militärkooperation dient explizit dazu, die "strategische Autonomie der EU" zu stärken, wie es in Dokumenten der EU-Kommission heißt.[5] Damit ist eine künftige militärische Unabhängigkeit der Union von den Vereinigten Staaten gemeint. Die EU müsse "mit Partnern" operieren, "wann immer es möglich ist", "wenn nötig" aber auch "allein handeln" können, fordert die Kommission.[6] Dabei könnten die im Rahmen von PESCO genutzten militärischen EU-Kapazitäten jederzeit auch "in anderen Kontexten" eingesetzt werden, etwa im Rahmen der

UNO oder auch der NATO: Die "nationale Souveränität" über die jeweiligen Truppenteile und damit zugleich die Möglichkeit, sie auch in anderen Bündnissen einzusetzen, bleibe durch PESCO "effektiv unberührt". Allerdings bleibt für die PESCO-Staaten damit auch die Option erhalten, die Teilnahme an Kriegen der von Berlin dominierten EU unter Umständen zu verweigern. Aus Sicht deutscher Strategen handelt es sich dabei um eine Schwachstelle des Konzepts.

Die militärische Mobilität

Ergänzend bereitet die Union einen "Aktionsplan" zur Verbesserung der militärischen Mobilität in Europa vor. Dazu hat die EU-Kommission am Freitag ein erstes Papier vorgelegt. Hintergrund sind nicht zuletzt Erfahrungen aus der zu Jahresbeginn begonnenen Verlegung nordamerikanischer, aber auch europäischer NATO-Truppen nach Polen und in die baltischen Staaten.[7] Dabei hat sich gezeigt, dass vor allem in den östlichen Mitgliedstaaten Straßen, Brücken oder Unterführungen den NATO-Standards nicht entsprechen und für schweres Kriegsgerät zum Teil nicht befahrbar sind. Hinzu kommt, dass der Transit auswärtiger Truppen vom jeweiligen Transitstaat genehmigt werden muss. "Die schnelle und eilige Bewegung militärischen Personals und militärischer Ausrüstung durch die EU" werde heute "von einer Anzahl physischer, juristischer und regulatorischer Barrieren gehindert", konstatiert die Kommission; dabei gehe es etwa um "Infrastruktur, die das Gewicht eines Militärfahrzeugs nicht tragen kann", aber auch um "umständliche Zollabfertigung und andere Prozeduren".[8] Um "auf Krisen vorbereitet zu sein", müsse man "sicherstellen, dass Truppen und Ausrüstung rasch und problemlos bewegt werden können".

EU-Prioritäten

Entsprechend schlägt die Kommission zweierlei vor. Zum einen müsse die Transportinfrastruktur ausgebaut werden, die "traditionell ein notwendiger Bestandteil jedes Verteidigungssystems war" - weil sie "Wege für den militärischen Nachschub und für Truppenbewegungen" bereitstelle. Die EU könne dabei an ihre Planungen für das "Transeuropäische Transportnetzwerk" (Trans-European Network for Transport, TEN-T) anknüpfen. Bei dem TEN-T handelt es sich um ein weitgespanntes Netz von Verkehrskorridoren, das sich durch sämtliche EU-Staaten zieht, Straßen, Schienen, Wasserwege, Häfen und Flughäfen umfasst und insbesondere einen reibungslosen und effizienten Warentransport innerhalb des Binnenmarkts ermöglichen soll. Man müsse nun daran gehen, "einen möglichen dual use des Netzwerks zu analysieren und herauszufinden, wo sich Überschneidungen und wo sich Lücken befinden", empfiehlt die Kommission, die zum militärgerechten Ausbau der Infrastruktur rät.[9] "Wir brauchen eine Priorität für den militärischen Bedarf, schon bei der Planung neuer Verbindungen", wird EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc zitiert.[10]

Schengen für Streitkräfte

Zum anderen heißt es in dem Kommissionspapier, man müsse die Regelungen für den Transit von Truppen durch die EU vereinfachen; das gelte auch für Gefahrgut, zum Beispiel Munition. [11] In der Tat unterliegen grenzüberschreitende Streitkräfteverlegungen gegenwärtig einem aufwendigen Genehmigungsverfahren. Dies müsse sich ändern, verlangt die Kommission; man

müsse deshalb die "gesetzlichen Parameter für den Zugang zur Infrastruktur in der EU" verändern. Dabei gehe es auch um "freie Ein- und Ausfuhr von Truppen und militärischer Ausrüstung von außerhalb" der Union. Letzteres zielt auf diejenigen NATO-Staaten von Norwegen über Kanada bis hin zu den Vereinigten Staaten, die nicht zur EU gehören. In Brüssel ist inzwischen von einem "militärischen Schengenraum" die Rede. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat die "militärische Mobilität" in der vergangenen Woche sogar als mögliches Flaggschiff der Kooperation zwischen der EU und der NATO eingestuft.[12]

Offene und geschlossene Grenzen

Zur effizienteren Abwicklung von Truppentransporten haben die NATO-Verteidigungsminister in der vergangenen Woche zudem den Aufbau eines neuen Hauptquartiers beschlossen, das künftige Truppenverlegungen innerhalb Europas führen und Schritte zur Verbesserung der militärischen Mobilität auf dem Kontinent in die Wege leiten soll - zu einem Zeitpunkt, zu dem die EU nicht nur ihre Außen-, sondern auch ihre Binnengrenzen in wachsendem Maße abschottet, um Flüchtlinge abzuhalten. Das neue NATO-Hauptquartier soll, wie das Berliner Verteidigungsministerium äußert, in Zukunft "dafür Sorge tragen, dass Material und Personal innerhalb Europas rasch dahin gebracht wird, wo es gebraucht wird".[13] Als Standort für das neue Logistikhauptquartier ist Deutschland im Gespräch.

[1] S. dazu Ein bürgernahes Thema (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7440/>).

[2], [3] Daniel Brössler: Europa soll eine militärische Komponente erhalten. sueddeutsche.de 10.11.2017.

[4] S. dazu Die Eliten wollen mehr (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/6348/>).

[5], [6] Permanent Structured Cooperation - PESCO. Deepening Defence Cooperation among EU Member States. eeas.europa.eu 19.10.2017.

[7] S. dazu Vom Frontstaat zur Transitzone (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7183/>) und Vormarsch nach Osten (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7204/>).

[8], [9] Joint Communication to the European Parliament and the Council: Improving Military Mobility in the European Union. JOIN(2017) 41 final. Brussels, 10.11.2017.

[10] Detlef Drewes: Panzerstraßen für Europa. sz-online.de 11.11.2017.

[11] Joint Communication to the European Parliament and the Council: Improving Military Mobility in the European Union. JOIN(2017) 41 final. Brussels, 10.11.2017.

[12] Niklaus Nuspliger: Freie Fahrt für Soldaten und Panzer. nzz.ch 11.11.2017.

[13] NATO im Umbruch. bmvg.de 09.11.2017.

